



NEWSLETTER

Christian Piwarz

Mai 2015

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

Nachhaltiger und generationengerechter Landeshaushalt 2015/16 Zukunftsinvestitionen ohne Neuverschuldung

Die Beratung und Beschlussfassung über den Landeshaushalt wird oft als das „Königsrechts“ des Parlaments bezeichnet. Warum? Weil die Abgeordneten in intensiven wochenlangen Beratungen in den Fraktionen, Ausschüssen und im Plenum die Politik der nächsten Jahre verbindlich festlegen. Im Ergebnis dieser parlamentarischen Arbeit haben die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD im Sächsischen Landtag bei 212 Millionen Euro andere Prioritäten gesetzt, als es die Staatsregierung in ihrem Entwurf des Haushaltes im Januar vorgesehen hatte. Für Investitionen, Bildung, Forschung und die Kommunen wurden so - innerhalb des Gesamtetats von 34,45 Milliarden Euro - zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Die konsequent stabile Haushaltspolitik der letzten Jahre setzen wir dabei fort: Während andere Länder weiter Schulden aufnehmen, tilgt Sachsen jährlich Kredite in Höhe von 75 Millionen Euro. Gleichzeitig wurde erneut die deutschlandweit höchste Investitionsquote beschlossen: für 2015 sind dies 17,6 Prozent des Etats, 2016 werden es 16,9 Prozent der Haushaltsmittel sein. Diese solide Finanzpolitik sichert die wirtschaftlichen Grundlagen für ein möglichst hohes eigenes Steueraufkommen, ohne die aktuellen Lasten in die Zukunft zu verschieben. Damit sorgen wir dafür, dass Pflichten aus der Gegenwart nicht die Zukunft unserer Kinder und Enkel belasten.

Investitionen in die Zukunft sind vor allem Ausgaben für Bildung und Forschung. In diesem Bereich wird in Sachsen noch einmal draufgelegt. Knapp ein Drittel der Ausgaben, das sind mehr als 5 Milliarden Euro pro Jahr, erfolgen in diesem Bereich. In den Koalitionsverhandlungen

waren wir uns einig, die Qualität der frühkindlichen Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Senkung des Personalschlüssels in den Kitas auf 1:12,5 in 2015 und 1:12 in 2016 werden komplett vom Land getragen. Um den Eindruck zu verhindern, dass die Eltern dies mitfinanzieren, haben CDU und SPD die Anhebung der Obergrenzen für Elternbeiträge gestrichen. In den Schulen ist die langfristige Absicherung des Schulunterrichtes sicherzustellen. Wir haben uns darauf geeinigt, bis 2019 mindestens 6.100 neue Lehrerinnen und Lehrer unbefristet einzustellen. Damit wird mehr als die Altersabgänge bei den Lehrern kompensiert und wir können zusätzlich dem Anstieg der Schülerzahlen und dem höheren Bedarf für die schulische Inklusion gerecht werden.

Um im internationalen Wettbewerb zu bestehen, wollen wir die klügsten Köpfe in Sachsen fördern und nach Sachsen holen. Dafür sind jährlich 16 Millionen Euro bereitgestellt. Ziel ist es, Schulabgänger und Studierende auf Berufsausbildung und Studiengänge der technischen Berufe zu orientieren. Ein wichtiges Anliegen der CDU wird ebenfalls dadurch abgesichert: Der Meisterbonus.

Neue Akzente setzen wir auch in der Sicherheitspolitik und halten Wort: 400 Polizisten werden in jedem Jahr neu eingestellt. Mit zusätzlich 100 Spezialisten im IT-Bereich und bei der Kriminaltechnik trägt der Haushalt den neuen Herausforderungen der Internetkriminalität Rechnung. Neben den Neueinstellungen war die Ausrüstung und Sicherheit der Beamtinnen und Beamten ein wichtiges Thema in den Haushaltsgesprächen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Die Polizeibeamten werden mit 6.000 zusätzlichen Stichschutzwesten ausgestattet und der vorhandene Bestand an schusssicheren Westen wird nachgerüstet.

Für Sachsens 4.511 Sportvereine und seine 623.482 Mitglieder haben die Fraktionen die Mittel für die Sportförderung erhöht. Ebenfalls aufgestockt wurde der kommunale Sportstättenbau um fünf Millionen auf 14 Millionen Euro und auch der Vereinssportstättenbau bekommt zusätzliche Mittel. Insgesamt fließen hier 17 Millionen Euro Landesmittel in den Bau und die Sanierung von Sportstätten. Außerdem werden die Sport- und Sportleiterschulen 1,5 Millionen Euro erhalten. Für die Unterstützung des Hochleistungssports werden insgesamt acht Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Insgesamt wird der Sport in den kommenden beiden Jahren mit rund 86 Millionen Euro Landesmitteln gefördert. Aus meiner Sicht machen diese Beratungsergebnisse deutlich, dass Sachsen ein Sportland ist und auch weiterhin bleibt.

In den Gesprächen der Abgeordneten spielte der Hochwasserschutz ebenso eine wichtige Rolle. Seit dem Jahrhunderthochwasser im August 2002 hat Sachsen 2,1 Milliarden Euro für die Beseitigung von Hochwasserschäden investiert. Bereits zur Flutkatastrophe 2013 haben sich diese Investitionen ausgezahlt und Hochwasserschäden in Millionenhöhe verhindert. Für die kommenden zwei Jahre stehen über 205 Millionen Euro für den Hochwasserschutz und die Revitalisierung von Gewässern zur Verfügung. Erneut werden den Kommunen dabei vier Millionen Euro über das Finanzausgleichsgesetz bereitgestellt.

Aufgrund der steigenden Zahlen von Flüchtlingen und Asylsuchenden musste in der parlamentarischen Beratung deutlich nachgebessert werden. Das „Asylpaket“ beläuft sich auf insgesamt 81,5 Mio. Euro. Damit werden unter anderem Erstaufnahmeeinrichtungen errichtet, sowie Unterhalt und Betreuung abgedeckt. Die jährliche Pauschale pro Asylbewerber erhöht

sich auf 7600 Euro, den Kommunen werden damit zusätzlich zehn Millionen Euro bereitgestellt. Es war uns wichtig, die finanzielle Last von den Städten und Gemeinden zu nehmen.

Eine solide Finanzausstattung der Kommunen ist generell für die CDU-Fraktion im Landtag ein zentrales Thema. Wie bereits dargestellt ist die Daseinsvorsorge eine zentrale kommunale Aufgabe, für die das Land Mittel bereitstellt. Darüber hinaus stehen den Kommunen mit dem Zukunftssicherungsfond 612 Millionen Euro in den nächsten Jahren zur Verfügung. Davon können für den Schulhausbau 80 Millionen Euro, 40 Millionen Euro für die digitale Infrastruktur und 52 Millionen Euro für den Bau von Krankenhäusern und in die Telemedizin investiert werden. Aus unserer Sicht ist die derzeitige Finanzausstattung der Kommunen solide, der Zukunftssicherungsfond ist eine Investitionsrücklage für die Zukunft. Die zusätzlichen Mittel sind nötig, um die abschmelzenden Zuwendungen aus dem Länderfinanzausgleich, aus Bundes- und europäischen Programmen ab 2019 auszugleichen. Zusätzliche 5 Millionen Euro pro Jahr konnten für den kommunalen Straßenbau zur Beseitigung von Winterschäden und den Neubau von kommunalen Straßen bereitgestellt werden.

Mit den Stimmen von CDU und SPD ist am 29. April 2015 ein solider Haushalt beschlossen: nachhaltig und generationengerecht.



Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Änderungen im Abgeordnetengesetz



Mit dem Doppelhaushalt wurden im Haushaltsbegleitgesetz auch Änderungen im Abgeordnetengesetz verabschiedet. Es ist mir wichtig, dass die Hintergründe für die Vorschläge nachvollzogen werden können. Sie waren daher mit Erläuterungen auf meiner [Homepage](#) transparent. Nach der Veröffentlichung der Pläne war die Kritik, insbesondere an den Rentenplänen groß. Die Koalition hat reagiert und eine Änderung bei der Altersregelung vorgenommen. Wir haben sehr aufmerksam zugehört und die Kritik ernst genommen.

In der Debatte im Sächsischen Landtag habe ich für die CDU-Fraktion zu den Änderungen gesprochen. Meinen Redebeitrag können Sie unter www.christian-piwarz.de/im-landtag/reden/ ansehen oder nachlesen.

Neues aus dem Landtag – März 2014

Aktuelle Debatte zum Lenkungsausschuss Asyl

Mit der aktuellen Debatte "Gemeinsam beim Thema Asyl – Ergebnisse des Lenkungsausschusses werden konsequent umgesetzt" haben sich die Koalitionsfraktionen für die zügige Umsetzung der Ergebnisse des Lenkungsausschusses Asyl eingesetzt.

In der Debatte wurde nochmals die Veränderung der Situation bei den Zugangszahlen von Asylbewerbern deutlich. Seit Anfang des Jahres wurden bereits 25.000 Asylanträge in Deutschland gestellt, doppelt so viel wie im Vorjahr. Ebenso muss die Erstaufnahmekapazität für Flüchtlinge in Sachsen erhöht werden. Diese stieg von 900 Personen (2013) auf 1800 Personen (2014) und erreicht im März mit 2900 Personen ihren vorläufigen Höhepunkt.

Um eine Antwort auf diese komplizierte Situation zu finden, hat die Staatsregierung den Lenkungsausschuss Asyl eingesetzt. Der Ausschuss hat im Februar ein Sofortprogramm vorgestellt. Die wichtigsten Bestandteile des Sofortprogramms sind:

Die Einrichtung einer Stabstelle, die in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Integrationsprozess der Asylbewerber und Flüchtlinge beschleunigt. Außerdem soll die an die Kommunen ausgereichte Pauschale für die Unterbringung von Asylbewerbern angehoben werden. Dafür werden kurzfristig 10 Millionen Euro durch den Freistaat zur Verfügung gestellt. Zusätzlich sollen Bund-Länder-Programme zur Stadtentwicklung für die Unterbringung von Asylbewerbern genutzt werden, ebenso wird die Städtebauförderung in diesem Bereich aufgestockt. Weiterhin stellt der Freistaat Sachsen weitere finanzielle Mittel für die Integrationskurse – insbesondere für berufsfördernde Sprachkurse – bereit.

Der Lenkungsausschuss schlägt in seinem Sofortprogramm eine zusätzliche Richtlinie „Nachhaltige soziale Stadtentwicklung“ vor. Mit ihrer Hilfe sollen Kommunen mit mindestens 5.000 Einwohnern mehr Mittel für die Durchführung von Integrationsprojekten in sozial benachteiligten Stadtteilen erhalten. Auch die notwendige Gesundheitsprüfung für Flüchtlinge soll verbessert werden. Die Stadt Chemnitz erhält hierfür einen Arzt der Landesuntersuchungsanstalt.

Für die CDU-Fraktion steht bei der Frage nach der richtigen Formel für die Integration von

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Flüchtlingen vor allem der Mensch im Mittelpunkt. Mit einheitlichen Standards und zügigen Entscheidungen sind Antworten gefunden. Gerade schnelle Entscheidungen, sei es die Rückführung von Asylbewerbern ohne Anspruch auf Asyl oder auch die Integration von Asylberechtigten, helfen Asylanträge zu beschleunigen.

ÖPNV in Sachsen weiterentwickeln

Mit dem Antrag „Strategiekommision für einen leistungsfähigen ÖPNV/SPNV in Sachsen einberufen“ setzen sich die Koalitionsfraktionen für einen leistungsfähigen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr in Sachsen ein.

Der Antrag sieht die Einrichtung einer Strategiekommision vor, die Lösungsvorschläge und Konzepte für einen finanziell sicheren, effizienten und attraktiven ÖPNV/SPNV in Sachsen erarbeitet. Außerdem soll sie bessere Organisations- und Ausschreibungsstrukturen finden, um die Attraktivität und Effizienz des ÖPNV/SPNV zu erhöhen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion sind dabei neue und moderne Denkansätze wie die Einführung einer Sachscard oder Anruftaxi 2.0, für die Bewältigung der künftigen finanziellen und demografischen Herausforderungen enorm wichtig. Die Strategiekommision soll schnellstmöglich ihre Arbeit aufnehmen und bis zum 31. Dezember 2015 dem Sächsischen Landtag einen ersten Zwischenbericht vorlegen.

25 Jahre Stasi-Unterlagenbehörde

In der aktuellen Stunde „25 Jahre Stasi-Unterlagenbehörde – Bilanz und Ausblick“ haben sich die Koalitionsfraktionen für den weiteren Erhalt der Stasi-Unterlagenbehörde ausgesprochen und den Mitarbeitern für ihr großes Engagement in den vergangenen 25 Jahren gedankt.

Für die CDU-Fraktion ist Stasi-Unterlagenbehörde ein wichtiges Ergebnis der friedlichen Revolution. Die Menschen sind im Herbst 1989

auch deshalb auf die Straße gegangen, um eine Aufarbeitung der SED-Diktatur und ein Aufdecken der Machenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit zu erreichen. Dies wurde durch die erste frei gewählte Volkskammer 1990 und durch den Deutschen Bundestag mit entsprechenden Gesetzen und der Schaffung der Stasi-Unterlagenbehörde, die Umgangssprachlich jeweils nach ihrem Amtsleiter benannt wurde, umgesetzt.

Wie wichtig die Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde ist, zeigen folgende Zahlen: 125 Kilometer Akten, 3,1 Millionen Einsichten und 800.000 Anträge auf Akteneinsicht allein in Sachsen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion darf es insbesondere bei der Aufarbeitung der Geschichte der Opfer des SED-Regimes keinen Schlussstrich geben. Den zahlreichen Opfern muss Gerechtigkeit wiederfahren. Die Stasi-Unterlagenbehörde ist dabei das Porzellan unserer Demokratie und nicht das Antiquariat. Wir alle haben die Verantwortung autoritäre Diktaturen und Unrechtsregime nie wieder zu lassen. Die Stasi-Unterlagenbehörde muss mindestens bis 2025 erhalten bleiben und ihre Arbeit weiterführen, um auch zukünftige Generationen über unsere Geschichte zu informieren.

Ausbildung und Aufbau der sächsischen Polizei gewährleisten

Mit dem Antrag „Einsatz- und Leistungsfähigkeit der sächsischen Polizei erhalten, Sicherheit durch nachhaltige und aufgabenorientierte Personalplanung und Organisationsstrukturen gewährleisten“ haben die Fraktionen von CDU und SPD einen wichtigen Punkt des Koalitionsvertrages im Plenum des Sächsischen Landtags behandelt.

Mit Hilfe des Antrages soll der Personalbedarf in der Sächsischen Polizei bis 2018 ermittelt werden. Für die CDU-Fraktion ist dafür das Konzept Polizei 2020 die Grundlage. Dieses muss auch angesichts neuer Gefährdungslagen

April 2015

überprüft und gegebenenfalls fortgeschrieben werden. Die Kernfrage lautet dabei, ob wir auch zukünftig genügend Polizei vorhalten können, um auf alle Herausforderungen in der Kriminalitäts- und Sicherheitsentwicklung reagieren zu können.

In der Debatte betonte die CDU, dass Polizist in Sachsen ein attraktiver Beruf ist. Die Bewerberzahlen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Gründe hierfür sind die solide Besoldung, aber auch bessere Zulagen für Schichteinsätze. Nicht zuletzt zeigt sich auch die Gewerkschaft der Polizei mit den Arbeitsbedingungen in Sachsen durchaus zufrieden. In den kommenden beiden Jahren sollen jeweils 400 neue Polizisten eingestellt werden, zusätzlich 100 weitere Spezialisten speziell für den Bereich der Internetkriminalität.

Medizinische Versorgung und Qualität in Pflegeheimen sicherstellen

Die medizinische Versorgung in Pflegeeinrichtungen wurde am zweiten Plenartag beraten. In einem gemeinsamen Antrag fordern die Koalitionsfraktionen von der Staatsregierung einen aktuellen Bericht über die Situation und Probleme der ärztlichen Versorgung in sächsischen Pflegeheimen von der Staatsregierung. In der Debatte machte die CDU-Fraktion deutlich, dass die ärztliche Versorgung in Pflegeheimen und die Betreuung ihrer Angehörigen in Sachsen einen hohen Stellenwert hat.

Der Bericht soll eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema Pflege ermöglichen, die uns früher oder später alle betreffen kann. Die Garantie auf einen Pflegeplatz ist dabei nicht nur für die Pflegeheimbewohner, sondern auch für die Angehörigen von enormer Bedeutung und gibt den Betroffenen ein Stück Sicherheit. Trotz bestehender Kritik von Angehörigen und Patienten an der bestehenden Versorgung zeigen Beispiele wie die Initiativen Pro Pflege Sachsen, dass sich der Freistaat für die Qualität der Pflege stark macht. Dabei verbessert der Ausbau niedrigschwelliger Betreuungsangebote die Qualität der Pflege in Sachsen.

„Arbeitsplätze schützen, Regionen stärken – für eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung in Sachsen“

Neben dem Doppelhaushalt für 2015/2016 befasste sich der Landtag während der vier Plenartage mit weiteren wichtigen Themen. Die Bedeutung der Braunkohle für die Sicherung einer bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung in Sachsen und den Erhalt von Arbeitsplätzen stellten die Koalitionsfraktionen in den Mittelpunkt der ersten aktuellen Debatte.

Die Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), die Kohleindustrie mit einer Klimaschutzabgabe zu belasten, kritisierte die CDU-Fraktion scharf: Sollten die Vorschläge ab 2017 Realität werden, hätte dies gravierende Folgen für die Lausitz und das Leipziger Land. Viele Kraftwerke könnten nicht mehr kostendeckend betrieben werden und würden damit zwangsläufig von den Betreibern stillgelegt. In der Folge wären auch die angeschlossenen Tagebaue nicht mehr rentabel zu betreiben und führten schließlich auch die rentablen Kraftwerke in die roten Zahlen.

Für die CDU-Fraktion ist und bleibt Deutschland ein Industrieland, welches trotz der Energiewende bezahlbare Energie benötigt. Um die Energiesicherheit und deren Bezahlbarkeit zu sichern, muss Kohle weiter abgebaut werden – nicht die sächsischen Arbeitsplätze!

Unter Federführung des Staatssekretärs Baake hat das Bundeswirtschaftsministerium ein Eckpunkte-Papier erarbeitet („Baake-Papier“). Fossile Kraftwerke sollen dabei mit zusätzlichen Abgaben belastet werden, um einen stärkeren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung zu leisten. Die vorgesehene Belastung trifft besonders Braunkohlekraftwerke, die älter als 20 Jahre sind. Nach aktuellen Kalkulationen werden dadurch 80 – 95% dieser Kraftwerksblöcke unprofitabel. Selbst die optimistischsten Prognosen beziffern den Anteil auf mindestens die Hälfte der Braunkohlekraftwerksblöcke.

Christian Piwarz Mdl

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION

Konsequente Umsetzung der neuen EU-Strukturfondsperiode 2014 - 2020

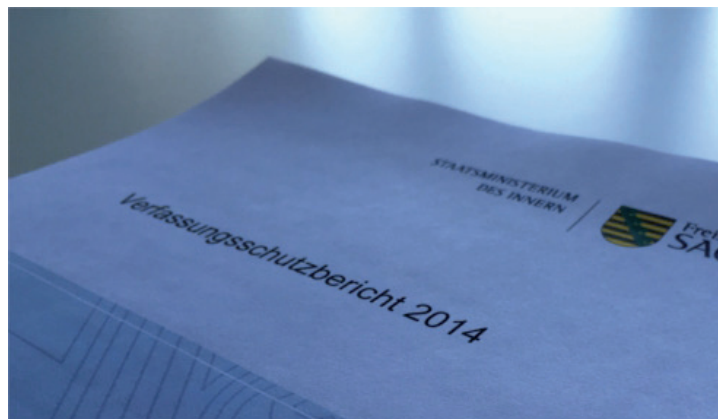
Mit dem gemeinsamen Antrag „Sachsens Zukunft gestalten – Umsetzung der EU-Strukturfondsperiode 2014 - 2020“ haben sich die Koalitionsfraktionen für eine schnelle und konsequente Umsetzung der neuen EU-Strukturfondsperiode in Sachsen ausgesprochen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung stehen dem Freistaat Sachsen aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bis 2020 rund 2,1 Milliarden Euro sowie 663 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung. Sachsen hat in den vergangenen 25 Jahren einen großen wirtschaftlichen Wandel vollzogen. Stark durch den Bergbau, die Stahl- und Textilindustrie geprägt, hat sich Sachsen zu einer Technologie- und Automobilbauregion mit internationalem Rang entwickelt.

Mit den Mitteln aus dem Strukturfonds fördert der Freistaat vor allem Innovationen und forschende Unternehmen mit dem Ziel die regionale Wettbewerbsfähigkeit und heimische Arbeitsplätze zu sichern. Erfreut zeigt sich die CDU-Fraktion über den Mittelaufwuchs für Unternehmensgründungen von 14 auf 19,3 Millionen Euro. Damit bleibt die technologische Entwicklung der klein- und mittelständischen Unternehmen in den kommenden Jahren auf hohem Niveau.

Gefahr von Rechts- und Linksextremismus stärker bekämpfen

„Verfassung schützen, Demokratie stärken – Gefahr von Rechts- und Linksextremismus bekämpfen“ – unter dieser Überschrift haben die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD auf den Anstieg von links- und rechtsextremistischen Straftaten in Sachsen hingewiesen und die Notwendigkeit der Arbeit des Verfassungsschutzes in der sächsischen Sicherheitsarchitektur hervorgehoben.



Der aktuelle Verfassungsschutzbericht beziffert die Zahl der Rechtsextremisten in Sachsen auf ca. 2500 Personen, mit steigender Gewaltbereitschaft. 2013 wurden 67 rechts motivierte Gewaltdelikte verzeichnet, 2014 stieg die Fallzahl auf 83. Die CDU-Fraktion machte unmissverständlich deutlich, Demokratie lebt vom Diskurs. Aber wer unsere Demokratie abschaffen will, wer sich gegen unsere Grundwerte wendet, gegen den bedarf es konsequentes Handeln der Gesellschaft und des Staates. Ein wichtiges Instrument ist und bleibt das Landesamt für Verfassungsschutz als Frühwarnsystem für mögliche Bedrohungen.

Dabei ist die CDU auch auf dem „linken Auge“ nicht blind und nimmt die linksextremistischen Straftaten sehr ernst. 770 Linksextremisten haben 2013 821 Straftaten und 820 im letzten Jahr begangen. Dabei sind die Gewaltdelikte mit 154 auf weiterhin hohem Niveau. Auffällig ist, dass sich die politischen Extremisten nicht mehr nur gegen den politischen Gegner richten. Gewaltexzesse wie in Leipzig, mit Angriffen Linksautonomer gegen Institutionen und Polizeibeamte richten sich immer mehr direkt gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das ist für die CDU nicht hinnehmbar.

Ein leichter Anstieg von islamistisch/ausländerextremistischen Personen und Straftaten, wenn auch in Sachsen auf niedrigem Niveau, wurde ebenfalls von der CDU thematisiert. Von drei Straftaten 2013 war ein Zuwachs auf zwanzig zu verzeichnen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



Deutsch als Arbeitssprache in der Europäischen Union konsequent anwenden

Mit dem gemeinsamen Antrag „Deutsch als gleichwertige Arbeitssprache in der Europäischen Union weiter fördern“ wollen die Fraktionen von CDU und SPD alle vorhandenen Dokumente, Datenbanken und Ausschreibungen für die deutsche Bevölkerung wesentlich einfacher zugänglich machen.

Die meisten veröffentlichten Texte, Datenbanken und Rechtsvorschriften der Europäischen Union sind teilweise nur in Englisch oder Französisch verfügbar oder sind erst zeitversetzt in Deutsch zugänglich. Für die CDU-Fraktion ist dies ein Wettbewerbsnachteil für die Bürger und mittelständigen Unternehmen, der umgehend beseitigt werden muss. Deutsch ist Amtssprache und sollte gleichberechtigt mit Englisch und Französisch auch in den Institutionen wieder Anwendung finden.

„TTIP – Freihandelsfalle- oder Wachstumsgarant?“

5. Wirtschaftsgespräch mit Andreas Lämmel MdB und Heinz Martin Esser



Das Freihandelsabkommens „TTIP“ zwischen der Europäischen Union und den USA steht schon während des Verhandlungsprozesses heftig in der öffentlichen Kritik. Anlass für den Landtagsabgeordneten Christian Piwarz, diesmal gemeinsam mit der MIT Sachsen, am 10. März zum 5. Wirtschaftsgespräch in die Glöckner-Autowelt einzuladen.

Über die Chancen und Risiken des Abkommens diskutierten Andreas Lämmel MdB, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Wirtschaft & Energie, und Heinz Martin Esser, Geschäftsführer der Roth & Rau -

Orter GmbH und Sprecher des Vorstandes des Silicon Saxony e.V. mit den interessierten Teilnehmern und standen Rede und Antwort.

In seinem Eröffnungsstatement betonte Andreas Lämmel, dass die EU-Kommission mit vielen Ländern Freihandelsabkommen verhandelt. Acht Verhandlungsrunden mit den USA haben bereits stattgefunden, bis Ende des Jahres könnte der Vertragsentwurf vorliegen. Die Zielrichtung sei klar: „Die Welt ist ein Flickenteppich beim Blick auf Handelsabkommen und mit diesem Abkommen sichern wir unseren Wohlstand, wenn die beiden großen Märkte näher zusammenrücken, die 50% des weltweiten BIP erwirtschaften.“ Man konzentriere sich derzeit sehr stark auf die nicht-tarifären Handelshemmnisse, wie gemeinsame Standardsetzung, die gerade dem Mittelstand den Zugang zum amerikanischen Markt erschweren. Den Hintergrund machte Heinz Martin Esser anschließend an einem Beispiel deutlich: „Für die Zertifizierung eines unserer Produkte in den USA mussten wir 100.000\$ zahlen, obwohl

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



dieses bereits in Deutschland zugelassen ist. Kleine Unternehmen können diese Marktzugangskosten nicht finanzieren. Es muss das Prinzip „once approved, everywhere accepted“ gelten“.

Zum Thema Transparenz bemerkte der Dresdner Bundestagsabgeordnete, dass die Handelspolitik bisher wenige Bürger interessiert habe und die Politiker, vor allem aber die USA, über die heftigen öffentlichen Diskussionen zu TTIP überrascht waren. Mittlerweile hat jeder EU-Bürger Zugriff auf die Dokumente und bevor das Abkommen geschlossen wird, findet eine Übersetzung in alle EU-Sprachen statt und gelangt in den Ratifizierungsprozess der Nationalstaaten. Herr Esser ist von der Wichtigkeit TTIP's überzeugt, da es zu „Wachstum und mehr Arbeitsplätzen in Deutschland führen kann“. Besonders der deutsche Mittelstand wird es dadurch leichter haben Güter zu exportieren und sich neue Märkte zu erschließen. Bei dieser Erschließung ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erwarten.

In der anschließenden Diskussionsrunde ging es als Erstes um die geplanten Schiedsverfahren, die derzeit noch aus den Verhandlungen rausgenommen sind und noch enge Grenzen bekommen können. Diese Verfahren sind laut Andreas Lämmel schneller und billiger als normale Gerichte, stellten aber keine Paralleljustiz dar. Es ging hier vordergründig um den Investorenschutz. Bei der Frage zur Standardfestlegung (z.B. Steckdosen) betonten beide Referenten, dass es jetzt vor allem um die gegenseitige Anerkennung schon bestehend hoher Standards geht. Bisher laufen die Dinge ohne größere Regulierung. Allerdings kämpft man um die Vorherrschaft bei Standards, indem man Trendsetter in bestimmten Bereichen wird.

Es gab auch kritische Nachfragen zu den deutsch-russischen Beziehungen, die einige Teilnehmer, durch TTIP gefährdet sehen. Andreas Lämmel machte deutlich, dass die Bundesrepublik sehr daran interessiert und invol-

viert war, Russland in die internationale Handelsorganisation zu bringen. Herr Esser berichtete, dass die Wirtschaft in Russland zum wirtschaftlichen Austausch bereit sei, jedoch das derzeitige politische Klima nicht förderlich sei. Herr Esser machte darauf aufmerksam, dass das Thema „Sprache“ noch eine wichtige Rolle spielen wird und wünschte sich zum Schluss von Politik & Gesellschaft mehr Möglichkeiten, für die wirtschaftlichen Verbände, in der Öffentlichkeit mitzureden und ihre Expertise einzubringen.



Es war eine interessante und engagierte Diskussion, die einen guten Einblick in die Thematik der Handelsabkommen allgemein, aber auch in die spezielle und durchaus komplexe Materie von TTIP gebracht hat. Sie bot gute Ansatzpunkte, sich weiter vertieft damit zu beschäftigen. Transparenz und Information bleibt das A und O, um gerade in Deutschland Akzeptanz für dieses Handelsabkommen zu erreichen.

Termine meiner Bürgersprechstunden

12.05.2015, 16 - 18 Uhr
Ortsamt Loschwitz, Grundstraße 3

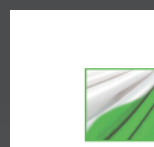
03.06.2015, 16 - 18 Uhr
Ortsamt Leuben, Hertzstr 23

Bildnachweise:

Sächsischer Landtag - „SLT Sachsenkarte Plenarsaal“ von Erik Donner (Ppmp3) - selbst fotografiert.
„Plenum Landtag Sachsen“ von Geo-Loge - Eigenes Werk.
Verfassungsschutzbericht - CDU Fraktion, Pascal Ziehm, 2015.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202 | 01259 Dresden
Tel.: 0351 - 32 31 666 | Fax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de | christian.piwarz@slt.sachsen.de



CDU

DIE SÄCHSISCHE UNION